HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 27		MITTWOCH, DEN 31. JULI	2002
Tag	Inhalt	Seite	
22. 7. 2002	Sechste Verordnung zur Änderung der Kapazitätsverordnung 221-6-2	215	
30. 7. 2002	Verordnung zur Regelung der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare neu: 3011-1-2, neu: 3011-1-3	216	

Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Sechste Verordnung zur Änderung der Kapazitätsverordnung

Vom 22. Juli 2002

Auf Grund von Artikel 7 und Artikel 16 Absatz 1 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999 und von Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 28. Juni 2000 (HmbGVBl. S. 117, 115), geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171, 200), sowie auf Grund der Weiterübertragungsverordnung-Studienplätze vom 10. Oktober 2000 (HmbGVBl. S. 299) wird verordnet:

Einziges Paragraph

§ 9 der Kapazitätsverordnung vom 14. Februar 1994 (HmbGVBl. S. 35), zuletzt geändert am 11. September 2001 (HmbGVBl. S. 337, 340, 384), wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 3 Nummer 3 Buchstabe c wird die Zahl „36“ durch die Zahl „30“ ersetzt.
2. In Absatz 7 wird die Textstelle „§ 23 Absatz 2 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes in der Fassung vom 2. Juli 1991 (HmbGVBl. S. 249), zuletzt geändert am 1. Juli 1993 (HmbGVBl. S. 149, 152)“ durch die Textstelle „§ 27 Absatz 2 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171)“ ersetzt.

Hamburg, den 22. Juli 2002.

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung

Verordnung zur Regelung der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare

Vom 30. Juli 2002

Artikel 1

Verordnung

über die Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare

Auf Grund von § 28 a Absatz 2 Satz 2 der Juristenausbildungsordnung vom 10. Juli 1972 (HmbGVBl. S. 133, 148, 151), zuletzt geändert am 3. Juli 2002 (HmbGVBl. S. 122), wird verordnet:

§ 1

(1) Die Unterhaltsbeihilfe für Referendare nach § 28 a Absatz 2 Satz 1 der Juristenausbildungsordnung beträgt 850 Euro monatlich. Die Unterhaltsbeihilfe wird zum 15. eines jeden Kalendermonats für den laufenden Kalendermonat gezahlt.

(2) Weiter gehende Leistungen, insbesondere Familienzuschläge, eine jährliche Sonderzuwendung, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen und Kaufkraftausgleich, werden nicht gewährt.

§ 2

Der Anspruch auf Unterhaltsbeihilfe entsteht mit dem Tag des Dienstantritts. Beginnt oder endet der juristische Vorbereitungsdienst im Laufe eines Kalendermonats, so wird die Unterhaltsbeihilfe nur für den auf den Vorbereitungsdienst entfallenden Teil dieses Monats gezahlt.

§ 3

Erhält der Referendar ein Entgelt im Rahmen der Ausbildung von dritter Seite oder ein Entgelt für eine andere Tätigkeit, so wird das 500 Euro übersteigende Entgelt zur Hälfte auf die Unterhaltsbeihilfe nach § 1 Absatz 1 Satz 1 angerechnet.

§ 4

(1) Referendare, die ohne Genehmigung schuldhaft dem Dienst fern bleiben, verlieren für die Zeit des Fernbleibens den Anspruch auf Unterhaltsbeihilfe. Dies gilt auch bei einem Fernbleiben vom Dienst für Teile eines Tages.

(2) Die Rückforderung zu viel gezahlter Unterhaltsbeihilfe regelt sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung. Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, dass die empfangende Person ihn hätte erkennen müssen. Von der Rückforderung kann bei Beträgen bis 100 Euro ganz oder teilweise abgesehen werden.

Artikel 2

Verordnung

zur Weiterübertragung von Verordnungsermächtigungen
im Bereich der Juristenausbildung
(Weiterübertragungsverordnung-Juristenausbildung)

Auf Grund von § 28 a Absatz 2 Satz 3 der Juristenausbildungsordnung vom 10. Juli 1972 (HmbGVBl. S. 133, 148, 151), zuletzt geändert am 3. Juli 2002 (HmbGVBl. S. 122), wird verordnet:

Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 28 a Absatz 2 Satz 2 der Juristenausbildungsordnung wird mit der Maßgabe auf die Justizbehörde weiter übertragen, dass diese zum Erlass der Rechtsverordnungen der Zustimmung der Finanzbehörde bedarf.

Artikel 3

In-Kraft-Treten

Artikel 1 tritt am 1. August 2002 in Kraft. Artikel 2 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 30. Juli 2002.